



1. Februar 2012

Beamtenbund verstärkt Konfrontationskurs zur Landesregierung

Der BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) verstärkt seinen Konfrontationskurs zur Landesregierung. Das hat heute (01.02.2012) der Landesvorstand der Organisation beschlossen. Die nächste Protestaktion gegen die Politik der Beamtenonderopfer sei die Großkundgebung am 03. März in der Stuttgarter Liederhalle, erklärte BBW-Chef Volker Stich und versicherte zugleich: „Ruhe kehrt erst wieder ein, wenn Grün-Rot auf unsere Forderungen eingeht.“

Der BBW verlangt eine vertragliche Vereinbarung, wonach in dieser Legislatur die grundsätzliche Übertragung künftiger Tarifergebnisse auf die Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten zugesichert wird und weder an der Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten gedreht, noch Strukturveränderungen bei der Versorgung und der Beihilfe vorgenommen werden. Im Gegenzug wolle sich der BBW konstruktiv in die Arbeit der geplanten Strukturkommission integrieren.

BBW-Chef Stich setzt darauf, dass der grüne Koalitionspartner zu guter Letzt seine beamtenfeindliche Haltung aufgeben wird, zumal er die SPD-Fraktionsspitze an seiner Seite weiß. Fraktionschef Claus Schmiedel habe ihm versichert, so der BBW-Vorsitzende, dass es mit der SPD nach der verzögerten Anpassung von Besoldung und Versorgung sowie der moderaten Erhöhung der Eigenbeteiligung bei der Krankheitsfürsorge keine weiteren finanzielle Eingriffe im Beamtenbereich geben werde.

Ganz auf Linie mit dem BBW seien die Sozialdemokraten soweit es die Versorgung und Beihilfe betrifft, sagt Stich und verweist auf eine Expertise des SPD-geführten Justizministeriums, auf die sich auch die SPD-Fraktionsspitze stütze. Diese Expertise belege klipp und klar, dass die allgemeine Haushaltssituation den Dienstherrn nicht berechtigt, sich fehlendes Geld im Staatssäckel bei den Beamten und Pensionären durch Kürzung der Besoldung, Versorgung oder der Beihilfe zu beschaffen. Für den BBW steht außer Frage: Erst wenn auch die Grünen in dieser Landesregierung zu der Einsicht gelangten, dass sie den Staatshaushalt nicht zu Lasten der Beamten und Pensionäre durch Eingriffe in die Struktur der Besoldung, Versorgung und Krankheitsfürsorge konsolidieren können, bestehe die Chance, dass die aufgebrauchte Kontra-Grünen-

p
r
e
s
s
e
:
i
n
f
o

Stimmung an der Basis wieder abebbe. Gegenwärtig aber sei dort der Ärger nach wie vor riesengroß, sagt BBW-Chef Stich und verweist auf die Großkundgebung des BBW am 3. März.